

Diese Zeitung erscheint jede Woche, Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Einzelgenpreis: 50 Pf. für die 3 gepost. Hefen. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. B. r. p. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lqwerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Wirtschaftstechnik — Menschenpflege.

Von Hermann Mönch (Jena).

Die Forderung „Menschenpflege“, die immer wieder gegenüber der Wirtschaftstechnik erhoben wird, ist eine sozialpolitische Forderung. Wirtschaftstechnik und Menschenpflege stehen sich in vielen Beziehungen heute noch feindselig gegenüber. Noch ist die Frage lebendig, ob Sachökonomie oder Personökonomie zu treiben sei. Auf der einen Seite stellt man der Wirtschaft die Aufgabe, ein möglichst großes Produktionsresultat hervorzubringen. Auf der anderen Seite stellt man der Wirtschaft die Aufgabe, die allgemeine menschliche Wohlfahrt zu besorgen. Erstere Anschauung kann man als privatwirtschaftliche, letztere als sozialistische bezeichnen.

Die privatwirtschaftliche Anschauung geht dahin: Die Wirtschaftsführung erfordert einen großen Kapitalsfonds. Der Kapitalsfonds vergrößert sich aber nur durch andauernde Gewinnerzielung. Der Gewinn wiederum ergibt sich aus der Differenz von Kostenaufwand und Verkaufspreis. Und weil der Lohn ein bedeutender Kostenbestandteil ist, muß er möglichst tief angelegt werden. Die ökonomischen Gesichtspunkte gehen den ethischen voran. Ohne Gewinn raucht kein Schornstein.

Die sozialistische Anschauung hingegen sagt: „Der Mensch ist das Maß aller Dinge.“ Das wirtschaftliche Handeln hat sich nach den menschlichen Bedürfnissen zu richten. Diese menschlichen Bedürfnisse werden gewahrt durch Schutz von Körper und Geist. Das wird der Wirtschaft in Form von besseren Leistungen wieder zugute kommen und die gesamte Kultur heben. Nicht auf Sach-, sondern auf Persönlichkeitswerte muß der Blick gerichtet sein. Deshalb hat die Wirtschaft Dienerei des Allgemeinwohls zu sein.

Das wurde der Ausgangspunkt für alles sozialpolitische Handeln.

Die Forderung nach „Menschenpflege“ hat immer weitere Kreise gezogen. Besonders ist der Blick der Sozialpolitik und Sozialpolitik auch auf das Arbeitsverhältnis und auf die Arbeitsmethoden gerichtet.

Dabei ging man von der Erkenntnis aus: Der Lohnarbeiter schafft kein Werk mehr wie der Handwerker des Mittelalters, er verrichtet nur eine „Funktion“. Die Arbeitsfähigkeit ist Teilarbeit geworden, und diese wieder ist in Teilrichtungen zerlegt. Der Beruf wurde durch die moderne Technik seines Inhalts beraubt. Der Handwerker des Mittelalters hatte Freude an seinem geschaffenen Werk, der Lohnarbeiter wird vom Arbeitsleid ergriffen. Es ist eine eintönige, gleichförmig wiederkehrende Tätigkeit, die der in der Industrie beschäftigte Mensch auszuüben hat. Es besteht eine Mechanisierung, Verödung und Entseelung des Berufes.

Ferner argumentierte man: Die Tatsache, daß der berufstätige Mensch heute in Wirtschaft und Betrieb in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis steht, raubt ihm die Liebe zur Arbeit. Da Lebenswelt und Arbeitswelt heute getrennt sind, ist der Beruf ihm kein Lebenswert mehr. Beim mittelalterlichen Handwerker fielen beide Welten noch zusammen. Der Industriemensch steht nicht unter Selbstbestimmung, sondern unter „Fremdbestimmung“. Durch das Abhängigsein von den Produktionsmitteln ist er dem Hunger preisgegeben. Daß er keine gesellschaftliche Macht und Geltung hat, wirkt geistig und seelisch niederdrückend auf ihn.

Mit Hilfe sozialpolitischer Maßnahmen sind die wirtschaftlich-beruflichen und geistig-seelischen Mängel nun schon wesentlich abgestellt. Und das Ringen um den kulturellen Fortschritt wird energisch fortgesetzt; die gewerkschaftlichen Organisationen standen von jeher hier an der Spitze.

Wir haben zu verzeichnen, daß heute eine bessere Behandlung und Entlohnung der Arbeiterschaft stattfindet als früher. Der schaffende Mensch steht unter staatlichem Schutz, sein Wirkungskreis unter staatlicher Kontrolle. Man hat der Lohnarbeiterschaft ein „Betriebsleben“ zu schaffen versucht, indem man ihr Rechte und Verantwortung in Wirtschaft und Betrieb einräumte. Die Arbeitslast wurde herabgemindert besonders durch Verkürzung der Arbeitszeit und kulturellen Genuss in der Freizeit. Die Berufsorganisationen haben versucht, dem Industriemenschen eine neue geistige und seelische Heimat zu geben, sie gaben ihm Halt und Bildung.

Dabei erkannten die eine fortschrittliche Sozialpolitik treibenden Kreise und Organe immer mehr, daß nicht ausschließlich ethische Grundsätze aufgestellt werden können, sondern daß die ethischen Grundsätze mit den wirtschaftlichen Erfordernissen übereinstimmen müssen. Es fehlt allerdings auch nicht an romantischen Bestrebungen, die einen handwerklichen Zustand wieder herbeiführen wollen.

Es ist von sozialistischer Seite auch mit scharfer Kritik auf Lebensführung und Lebensformen in der kapitalistischen Gesellschaft hingewiesen worden.

Es wurde betont: Das menschliche Dasein ist durch die modernen Wirtschaftsprinzipien innerlich verarmt und

verhärtet. An die Stelle der Qualität ist die Quantität getreten. An die Stelle des Urväsligen das „Zweckmäßige“. Der moderne Mensch hat die innere Beziehung zur Natur fast gänzlich verloren und auch in hohem Maße zu seinem Nächsten. Man hat wohl künstliche Maßnahmen ergriffen, aber weniger künstlerische. Die wirtschaftliche Erwerbsgier ließ einen starken Egoismus in die Halme schießen. Der Lebensprozess rollt heute in Hast und Unsicherheit ab. Der heutige Mensch legt viel Betonung auf Außerlichkeiten, aber in seinem Herzen besteht gähnende Leere. Es gibt viel äußere Werte, aber wenig persönliche Werte. „Das Leben ist reicher an Vorgängen, aber armer an seelischem Inhalt geworden“, sagt Richard Wolft.

In der Beseitigung der Mängel auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Lebensäußerungen und Lebensformen hat die Sozialpolitik auch bereits nützliche Arbeit geleistet und sich damit immer mehr zur Kulturpolitik erweitert.

Wir gehen auf allen Gebieten einer sozialkulturellen Epoche entgegen, wo die „Würde des Menschen“ wieder mit in den Vordergrund tritt. Man hat eingesehen, daß die Gegenwart nicht auf Kosten der Zukunft leben darf. Es gilt, das Bestehende richtig zu werten und zu nutzen, damit sich Höheres aus ihm entfalten kann. Gegenwart und Zukunft gebieten es, neben den wirtschaftlichen Errungenschaften das menschliche Allgemeinwohl nicht unberücksichtigt zu lassen.

Es gibt keine geschenkt, sondern nur erworbene Rechte.

Unser Ziel erringen wir nicht durch kleine Konzessionen, durch Kriechen am Boden, indem wir zu den Massen heruntersteigen, sondern indem wir die Massen zu uns emporheben, indem wir sie begeistern für unsere großen Ziele. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, bleibt uns der Sieg sicher. Bebel.

Man muß, wenn einem ein Recht vorenthalten wird, kämpfen und nicht nachgeben; das ist eine sittliche Pflicht. Rudolf v. Ihering.

Zahlstellenleiterkonferenz im Gau 3.

Am Sonntag, dem 17. März, fand in Kottbus die Jahreskonferenz der Zahlstellenleiter statt. Die Zahlstelle Kottbus hatte mit der Konferenz ihr 25jähriges Jubiläum verbunden. Der Leiter der Zahlstelle, Kollege Kerstan, konnte auf eine 25jährige Tätigkeit als Leiter der Zahlstelle Kottbus zurückblicken. Die Feier war würdig und hinterließ bei allen Teilnehmern den besten Eindruck.

Die Zahlstellenleiterkonferenz wurde von dem Kollegen Kohl eröffnet. Als Tagesordnung war vorgesehen: 1. Vortrag des Kollegen Karl Thiemig (Hannover) über: „Die Gewerkschaften im Wandel der Zeiten“. 2. Bericht des Gauvorsitzenden. 3. Kassenführung und Kassenrevisionen. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der Kollege Kerstan begrüßte die erschienenen Kollegen und gab ein Bild der Entwicklung der Zahlstelle. Vor 25 Jahren zählte die Zahlstelle vier Mitglieder, heute sind es zirka 7000.

Genosse Dörr vom Ortsausschuss des DGB in Kottbus ergänzte die Ausführungen des Kollegen Kerstan. Er schilderte die Schwierigkeiten, welche die Gewerkschaftsbewegung gerade im Kottbuser Gebiet zu überwinden hatte, und konnte mit Stolz feststellen, daß heute im Kottbuser Gebiet bei allen Organisationen reges gewerkschaftliches Leben herrscht und das Organisationsverhältnis gut ist. Ein Beweis der Kraft der organisierten Arbeiterschaft im Kottbuser Gebiet sei das Volkshaus, in welchem ja auch die Zahlstellenleiterkonferenz jetzt tage. Genosse Dörr sprach noch den Wunsch aus, daß die Arbeit auf der Konferenz lebendig sein möge für die Organisation. Der Bezirkssekretär des DGB, Genosse Vollmeier, begrüßte gleichfalls die Konferenz und wünschte ihr einen guten Verlauf.

Anwesend waren vom Hauptvorstand der Kollege Thiemig, vom Keramischen Bund der Bundesvorsitzende Kollege Grünzel, vom Gauvorsitzenden einschließlich der Branchenvvertreter vier Kollegen und 24 Zahlstellen mit 43 Delegierten. Die Konferenz wählte als Vorsitzende die Kollegen Kohl und Kerstan, als Schriftführer die Kollegen Prinzke und Barth, in die Mandatsprüfungskommission die Kollegen Rohmer, Hamann und Kiemer. Der Kollege Thiemig behandelte in einem außerordentlich instruktiven Referat „Die Gewerkschaften im Wandel der Zeiten“. Es wurde zu weit führen, den Vortrag wiederzugeben. Der Vortrag war sachlich, klar und überzeugend, das zusammengetragene Material übersichtlich geordnet und zeigte von der Beherrschung der Materie. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Kollege Kohl auf den vorliegenden Jahresbericht der Gauleitung und ergänzte ihn in manchen Punkten. In der sich anschließenden Diskussion ging der Kollege Stielemann (Freienwalde) auf die Verhältnisse in der Ziegelindustrie ein. Kollege Winter (Küstern) wandte sich gegen die Tätigkeit der kommunistischen Opposition in der Zahlstelle Kästner-Vendamm. Kollege Fleischhauer (Kottbus)

streifte gewisse Unstimmigkeiten in der Glasindustrie. Kollege Runghe (Landsberg a. d. W.) gab einen Rückblick über den in seiner Zahlstelle geführten Streik in der Ziegelindustrie. Kollege Rucker (Berlin) nahm die Tätigkeit der kommunistischen Opposition innerhalb der Zahlstelle Berlin unter die Lupe und kennzeichnete das verbandsschädigende Treiben dieser sogenannten Oppositionellen. Kollege Grünzel (Berlin) gab Aufklärung über die Fragen, die die Glasindustrie und die Arbeiterbewegung betrafen. Im großen und ganzen wurde die Tätigkeit der Gauleitung anerkannt.

Den dritten Punkt der Tagesordnung behandelte der Kollege Martin (Berlin). Der Kollege Martin ging u. a. auch auf die unerfreulichen Vorkommnisse ein, welche anlässlich des Markenwechsels in einigen Zahlstellen sich zeigten. Hier sprach er auch die Bitte aus, der sich verschiedene Diskussionsredner angeschlossen, daß der Hauptvorstand öfter einen Wechsel der Marken vornehmen solle. Gleichzeitig wies der Kollege Martin in seinem Referat auch darauf hin, daß die Revisionen in den einzelnen Zahlstellen in der Zukunft noch systematischer und sorgfältiger durchgeführt werden, als dieses in der verflungenen Zeit der Fall sein konnte. Weiter ging seine Mahnung dahin, daß die statutarisch vorgeschriebenen Beiträge auch geleistet werden müssen und hierbei nicht nur von dem tariflichen Stundenlohn, sondern von den wirklich verdienten Löhnen ausgegangen werden müsse. Auch hier müsse die Nachprüfung in den Zahlstellen schärfer sein.

In das Referat des Kollegen Martin schloß sich eine lebhafte Diskussion. Der Kollege Barth (Sommerfeld) bemängelte u. a. die vom Hauptvorstand beschlossene Maßnahme, die Vierteljahresabrechnung der Zahlstellen schon in der Zeit vom 1. bis 3. des folgenden Monats einzusenden. Der Hauptvorstand habe die entsprechenden statutarischen Bestimmungen nicht voll beachtet. Dem schloß sich auch der Kollege Kerstan an. Der Kollege Thiemig (Hannover) war anderer Meinung. Er legte die Gründe, die den Vorstand zu seiner Maßnahme veranlaßten, dar und führte aus den Bestimmungen des Statuts den Nachweis, daß der Hauptvorstand sich an das Statut gehalten habe.

Unter Punkt 4 der Tagesordnung wurde darauf verwiesen, daß es wünschenswert wäre, auch im Gau 3 Filme und Lichtbilder bei der Agitation mit zu verwenden. Der Kollege Kohl sagte zu, sich wegen dieser Sache mit dem Hauptvorstand in Verbindung zu setzen. Der Kollege Thiemig gab die Erklärung ab, daß der Vorstand diesem Gedanken freundlich gegenüberstehe und daß ein Verbandsfilm in absehbarer Zeit fertiggestellt sein würde.

Der Kollege Rucker dankte im Namen der Delegierten der Verwaltung der Zahlstelle Kottbus für die freundliche Aufnahme. Er wünschte der Zahlstelle Kottbus, daß das Tempo ihres Aufstieges in der Zukunft das gleiche sein möge wie in der Vergangenheit.

Die Wahl des Ortes, wo die nächste Zahlstellenleiterkonferenz stattfinden soll, wird der Gauleitung überlassen.

In seinem Schlusswort dankte auch der Kollege Kohl nochmals der Zahlstelle Kottbus für die hier verlebten Stunden. Er gab einen Rückblick über den Verlauf der Konferenz und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die reichen Anregungen dieser Konferenz zu einem weiteren Aufstieg des Gau 3 führen. Seit Dank galt auch dem Kollegen Thiemig für sein vorzügliches Referat. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen. Frig Prinzke, Schriftführer.

Bericht des Gau 3 über das Jahr 1928.

Das Jahr 1928 war zum größten Teil ein Jahr guter Konjunktur. Die Erfolge unserer Organisation um die Verbesserung der Lebenslage unserer Kollegen waren beachtlich und können sich neben dem von anderen Organisationen Erreichten wohl sehen lassen. Eine Zufriedenheit konnte aber naturgemäß nicht erreicht werden. Hier ist noch harte Arbeit für die Organisation und damit für unsere Kollegen insgesamt zu leisten. Im allgemeinen konnten wir unsere Bewegungen ohne Streik beenden; an einigen Stellen mußten wir aber doch zu diesem letzten gewerkschaftlichen Mittel greifen. So haben wir in der Ziegelindustrie in Freienwalde einen Streik von 14 Tagen gehabt. Der Streik endete mit einem vollen Erfolg für unsere Organisation. Freienwalde war bisher in Ortsklasse II des Potsdamer Bezirksstarifs. Man wollte uns bei den gesonderten Verhandlungen 5-6 Prozent Lohnmehrung zugestehen. Die Ziegelarbeiter in Freienwalde sind gut organisiert, und als auf dem Verhandlungswege nicht zum Ziel zu kommen war, legten unsere Kollegen die Arbeit nieder. Unsere Kollegen übten muster-gültige Disziplin. Das Ergebnis des 14tägigen Streiks war eine Stundenlohnmehrung von zirka 20 Prozent, eine Akkordmehrung von zirka 15 Prozent und Durchsetzung eines Rahmenvertrages.

In Dieß hatten wir in der Ziegelindustrie ebenfalls einen harten Kampf. Die dortigen Ziegelbesitzer waren nicht zu nennenswerten Zugeständnissen zu bewegen. Dazu bedurfte es eines Kampfes von fast fünf Wochen. Auch hier konnten wir die Beobachtung machen, daß aus den Reihen der Streikenden sich keine Streikbrecher fanden, obwohl ein Teil der Arbeiter erst kurze Zeit organisiert war. Die Dießer Bevölkerung stand mit ihren Sympathien auf Seiten der Streikenden, und diese Sympathie wirkte sich auch materiell aus.

In Herzfelde hatten wir einen Streik der Brenner, welcher nach kurzer Zeit zusammenbrach, obwohl die Situation für uns sehr günstig war. Da nach unseren tariflichen Abmachungen spätestens mit dem 1. Juli überall das Dreischichtensystem für Brenner eingeführt sein mußte, ging der Kampf um den Lohn. Der Sieg war für die Herzfelder Unternehmer teuer, aber auch für uns bleibt Herzfelde weiterhin ein Schmerzenskind.

Es ist uns gelungen, in der Ziegelindustrie das Dreischichtensystem für Brenner reiflos durchzuführen. Das war nicht leicht, wenn man bedenkt, daß nicht nur die Unternehmer gegen uns standen, sondern einzelne Kollegen glaubten, das Dreischichtensystem sei für sie vorteilhafter. Bei dem Abschluß der Mantelverträge wurden ebenfalls Verbesserungen erzielt. Die Regelung der Überstundenbezahlung ist ebenfalls günstig für unsere Kollegen.

Aber die chemische Industrie ist zu berichten, daß die Organisation in vielen Betrieben gute Fortschritte mache, an anderen Stellen, hauptsächlich in einigen größeren Betrieben Groß-Berlins, läßt das Organisationsverhältnis zu wünschen übrig. Es ist kein Zufall, daß dort jene Strategen dominieren, die nach nicht immer ganz klaren Anweisungen ihrer vorgelegten Gewerkschaftszentrale die Aktionen im Reichsmasse erstreben, weil ihnen im eigenen Betriebe die Kraft mangelt.

In der Zuckerindustrie fanden die Fabriken in Straßburg und Prenglan außerhalb des Tarifvertrages, obwohl sie Mit-

* Die Lebenswelt des Industriearbeiters, Dieß-Verlag.

Frauenfragen.

Nur ein Mädchen!

'Nur ein Mädchen', heißt der enttäuschte Ausdruck der vielen Väter, die sich einen Jungen wünschen... aber denen ein Mädchen geboren wird. Nicht selten begleitet dieser Ausdruck das Mädchen durch sein ganzes Leben...

In der Ehe wird die Frau durch das Gesetz fast rechtlos. Wenn die Ehe unglücklich verläuft, hat der Mann, wenn er es darauf anlegt, die Frau beinahe ganz in der Hand. Das bürgerliche Gesetzbuch spricht dem Manne die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu...

Wenn die Frau Kinder hat, so darf sie für die Person des Kindes sorgen, alle Rechte über das Kind hat dagegen der Mann. Selbst die uneheliche Mutter hat keine Rechte über ihr Kind, obwohl das Gesetz festlegt, daß ein uneheliches Kind und dessen Vater nicht als verwandt gelten.

Die Frau leidet unter dieser Mißachtung und Zurücksetzung ihrer Person und ihrer Arbeiten. Da es ihr ein ganzes Leben lang jeden Tag eingehämmert wird, daß sie an zweiter Stelle im Leben steht, daß sie minderwertiger ist als der Mann...

Das Proletariat hat kein Privateigentum. Es will als Klasse auch keins haben, sondern es erstrebt die klassenlose Gesellschaft, die als Ganzes Besitzerin der Produktionsmittel ist. Darum hat es als Klasse auch kein Interesse an der Frau als Privateigentum...

Wollt der Herr und er der Knecht? Ist, so wenig kann die Frau vom Sozialismus erhoffen, wenn ihr Mitproletarier der Herr und sie die Magd ist. Die herrschende Klasse hat es gut verstanden, dem Proletarier ihre Ansichten und ihre Moral durch Erziehung und öffentliche Meinung beizubringen...

Das Proletariat will den Kapitalismus abschaffen - wieviel leichter müßte sich eine Wand wegwuscheln!

Was sollst du daraus lernen? Daß es falsch ist, wenn du denkst, dir allein helfen zu können. Wenn der wirtschaftlich mächtige Unternehmer sich mit feingeselligen zu starken Organisationen zusammenschließt, dann kannst du nicht allein bleiben...

Faule Ausreden. Wer für den Verband wirbt, der lernt die verschiedensten Ausreden kennen, die von den Unorganisierten gebraucht werden, um ihre Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit zu verbergen...

Was nützt mir die Gewerkschaft, ich bekomme ja denselben Lohn bei gleicher Arbeitszeit und habe alle übrigen Vergünstigungen wie die organisierten Kollegen...

Dies ist wohl die schlechteste Ausrede, die man sich nur denken kann und kennzeichnet sehr treffend den, der sie gebraucht, als einen, der wohl erntet, aber nicht säen will.

Bei den Kolleginnen hört man oft: Was brauche ich mich erst zu organisieren, ich heirate ja doch bald; dann gebe ich meine Arbeit auf. Oder die verheiratete Kollegin äußert sich: Wegen meiner Aushilfsarbeit brauche ich mich nicht zu organisieren...

Die Arbeiterinnen klagen über schlechtere Bezahlung der Arbeitsleistungen und daß auch die übrigen Lohn- und Arbeitsbedingungen noch viel zu wünschen übrig lassen. Sie haben doch schon alle - ganz gleich in welchem Betrieb...

Niemals treten Änderungen zugunsten der Arbeitnehmer ein, wenn die freigewerkschaftliche Organisation sie nicht erkämpft. Der Erfolg wird bei den kommenden Lohn- und Tarifverhandlungen nicht ausbleiben, wenn alle Kollegen...

Sind unsere Löhne schlecht, dann können trotz aller Anstrengungen die Löhne der Arbeiter nicht viel besser sein. Heiratet nun eine unorganisierte Kollegin einen organisierten Kollegen, so wird sie bald erfahren, daß mit dem geringen Wirtschaftsgeld nicht viel anzufangen ist...

Verdienst hat, der es einer Familie erlaubt, besser zu leben, dann kann es nur heißen:

'Streck in den Verband' und angetreten in die Reihen der Streiter für Recht und Gerechtigkeit für die Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen...

Berichte aus den Zahlstellen.

Kassel. Die Kieselgurarbeitgeber bleiben hartnäckig, nämlich bei der Ablehnung der Lohnforderungen der Kieselgurarbeiter. Besonders interessant in ihrem Ablehnungsschreiben ist die folgende Stelle: 'Es wird bei diesem ablehnenden Bescheid Ihrerseits...

Wir können uns nicht denken, daß die Arbeitgeber so naiv sind, zu glauben, daß mit der Zulage im letzten Jahre nun endgültig und für alle Ewigkeit alle Wünsche ihrer Arbeiter in bezug auf Lohnerhöhungen abgegolten worden sind. Wir wollen sie nicht einmal die 3,8 Prozent bewilligen, um die nach den Berechnungen der Unternehmer die Lebenshaltungskosten gestiegen sind...

Kassel. In der Aufschrift aus der Zahlstelle Kassel, die in Nr. 15 des 'Proletarier' abgedruckt war, ist durch einen Irrtum die Bezeichnung des Betriebes ausgelassen worden...

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Unterstellung der Zementindustrie unter § 7 der Arbeitszeitnotverordnung.

Nachstehend bringen wir die diesbezügliche Verordnung des Reichsarbeitsministers zum Abdruck. Damit ist ein jahrelanger Kampf der Zementarbeiterschaft um eine bessere gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Zementindustrie abgeschlossen...

Verordnung über die Arbeitszeit in der Zement-Industrie. Vom 26. März 1929. (Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1929, Teil I, Nr. 14, S. 82.)

Artikel 1. In der Zementindustrie findet die Beschränkung des § 7 Abs. 1 Arbeitszeitverordnung auf folgende Gruppen von Arbeitern Anwendung:

- 1. Arbeiter, die mit dem Zerkleinern und Mischen der Rohstoffe beschäftigt sind, sofern dies in trockenem Zustand geschieht (Rohmühle);
2. Arbeiter an Brennöfen ohne selbsttätige Beschickung;
3. Brenner an Öfen mit selbsttätiger Beschickung;
4. Arbeiter, die mit dem Zerkleinern und Mahlen des gebrannten Materials beschäftigt sind (Altkermühle);
5. Arbeiter, die in der Packerei beschäftigt sind.

Die Beschränkung des § 7 Abs. 1 greift nicht Platz, soweit nach Feststellung der obersten Landesbehörde oder der von ihr beauftragten Behörde durch besondere Vorrichtungen eine Gefährdung der Arbeiter ausgeschlossen ist.

Abt ein Arbeiter eine der im Abs. 1 bezeichneten Tätigkeiten nur während eines Teiles seiner Arbeitszeit aus, so greift die Beschränkung nur an demjenigen Tage Platz, an denen er mindestens vier Stunden damit beschäftigt wird.

Artikel 2. In Betrieben, die durch Artikel 1 betroffen werden, ist der Arbeitgeber verpflichtet, einen Abdruck dieser Verordnung im Betrieb an sichtbarer Stelle anzuhängen.

Die Verordnung tritt am 1. Mai 1929 in Kraft. Soweit das Inkrafttreten an diesem Zeitpunkt den Fortbestand eines Betriebes ernstlich gefährden würde, kann die oberste Landesbehörde das Inkrafttreten hinauschieben, längstens jedoch bis zur Dauer eines Jahres.

Berlin, den 26. März 1929. Der Reichsarbeitsminister.

Die Unfallziffern steigen.

Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht in der Nr. 9 des Reichsarbeitsblattes seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1928. Danach hat sich die Zahl der gemeldeten Unfälle von 1 819 594 im Jahre 1927 auf 1 428 966 im verfloffenen Jahre erhöht.

Table with 2 columns: Year (1926, 1927) and Unfallschaden (Unfallmeldungen, entschädigte Unfälle) for industrial and agricultural professions.

Im Hinblick auf die wenig günstige Arbeitsmarktlage des verfloffenen Jahres wird die Zahl der bei den Berufsgenossenschaften Versicherten, die 1927 rund 22,5 Millionen betrug, im Jahre 1928 kaum höher gewesen sein.

Das Beitragswesen in der Gießener Knappschaft.

Unter dieser Überschrift brachten wir in der Nr. 14 des Proletariers einen Artikel, der eine scharfe Kritik des Beitragswesens in der Gießener Knappschaft enthielt.

Das Beitragswesen in der Gießener Knappschaft.

In der Nr. 14 vom 6. April 1929 Ihres Organs "Der Proletarier" veröffentlichten Sie einen Artikel unter der Rubrik "Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung".

Die Gießener Knappschaft hat eine Driftelung der gesetzlichen Monatsbeiträge eingeführt, d. h., daß diese in drei Dekaden erhoben werden.

Der § 114 Abs. 3 des ReichsKnappschaftsgesetzes sieht aber vor, daß wenn ein Versicherter nicht während des ganzen Beitragszeitraums beschäftigt gewesen ist, so müssen mindestens drei Viertel des zur Anzahlung kommenden Lohnes oder Gehalts von Abzügen frei bleiben.

Wir wandten uns deshalb an die Gießener Knappschaft unter Bezugnahme Ihrer Zeitung. Diese teilte uns darauf mit, daß sie schon am 31. Juli 1925 die Werkverwaltungen auf den § 114 Abs. 3 des ReichsKnappschaftsgesetzes durch Rundschreiben aufmerksam gemacht habe.

Die Gießener Knappschaft hat also alles getan, um die Beiträge von den Werken richtig errechnen zu lassen und die Vermächte, die Sie in Ihrem Artikel erheben, treffen daher auf die Verwaltung der Gießener Knappschaft nicht zu.

Die Verwaltung der ReichsKnappschaft.

Bei der Prüfung der Lohnlisten wird sich zweifellos ergeben, daß unsere Angaben in bezug auf die Höhe der Abzüge vom Lohn stimmen und ebenso die Angaben in bezug auf die verbleibenden Lohnreste.

Internationale Arbeiterbewegung.

Schwere Lage der Gewerkschaften des Memelgebietes. (GWB.) Obwohl das Memelgebiet autonom ist, wurde der im Jahre 1927 in Litauen erklärte Belagerungszustand kurz darauf auch auf das Memelgebiet ausgedehnt.

troßdem Aktionen eingeleitet, so haben sich die Führer und Arbeiter auf Internierung gefaßt zu machen.

Wie in Litauen, so sind auch im Memelgebiet die Löhne äußerst niedrig. Der Stundenlohn für ungelernete Arbeiter beträgt in der Regel 1,3—1,35 Lit (zirka 49—51 Pfennig).

Da die Herausgabe des Mai-Aufrufes des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) im letzten Jahr verboten wurde, haben die Gewerkschaften des Memelgebietes in diesem Jahre ein eigenes Flugblatt herausgegeben.

Lohndruck in Rußland.

(RSD.) In der letzten Zeit wird immer häufiger über die Versuche der Leiter der russischen Industriebetriebe, das Lohnniveau herabzudrücken, berichtet.

Der Ausschuss des Moskauer Volkswirtschaftsrates für die Herabsetzung der Herstellungskosten legt für jeden Trust bestimmte Ersparnisposten fest, die durch eine Überprüfung der Leistungsnormen (des einzelnen Arbeiters) erzielt werden sollen.

Die Darstellung der Lohndruckbestrebungen der staatlichen Wirtschaftsorgane ist dabei freilich nur ein kleiner Ausschnitt aus der jüngsten russischen "Nationalisierungspolitik".

Genossenschaftsbewegung.

Die Volksfürsorge im ersten Quartal 1929. Eine jahrelange Aufbau- und Organisationsarbeit wirkt sich jetzt aus. Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der freien Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, hat jetzt einen Keimzweig, der auch die höchsten Erwartungen bei Gründung des Unternehmens weit übertrifft.

Das erste Quartal schloß mit einem Gesamtbestand von rund 1 610 000 Versicherungen mit 650 Millionen Mark Versicherungssumme ab.

Kundschau.

Die Ausgaben des deutschen Volkes für Alkohol. Nach den durch die amtliche Reichsstatistik veröffentlichten Verbrauchszahlen lassen sich die Ausgaben des deutschen Volkes für alkoholische Getränke im Rechnungsjahr 1927/28 ziemlich genau ermitteln.

Verbandsnachrichten.

- List of trade union news for various regions including Hannover, Braunschweig, Celle, Westfalen, etc., with names of local unions and their members.

Ausgeschlossen.

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a des Verbandsstatuts die Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. Main: P. Schmidt, Buch-Nr. S II 715 295, H. B. B. L. M., Buch-Nr. S II 740 933, H. B. B. L. M., Buch-Nr. S II 715 033, Konrad Weber, Buch-Nr. S II 782 023, Wilhelm C. G. M. M., Buch-Nr. S II 906 187, Friedr. L. H., Buch-Nr. S II 715 238, Peter S. J., Buch-Nr. S II 740 883, Justus G. G., Buch-Nr. S II 715 257, Philipp Meyer, Buch-Nr. S II 352 459, die Mitglieder der Zahlstelle Hanau a. Main: H. Wegmann, Buch-Nr. S II 507 853, Georg Heindel, Buch-Nr. S II 918 400, Johannes L. H., Buch-Nr. S II 882 109, Jakob Reinhardt, Buch-Nr. S II 849 210, Julius Hauser, Buch-Nr. S II 922 845, die Mitglieder der Zahlstelle Tilsit: Karl Geyer, Buch-Nr. S II 689 747, und Erich Meyer, Buch-Nr. S II 591 589, und das Mitglied der Zahlstelle Kottbus: Paul Freudenberg, Mitgliedsbuch-Nr. 822 521.

Bezirkszahlstelle Lübeck.

Als 1. Bevollmächtigter unserer Zahlstelle wurde der Kollege Hermann Gampig aus Liegnitz gewählt. Allen Bewerbern besten Dank. [250 Mark]

Literarisches.

„Zehn Jahre Sächsisches Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.“ Über diese zehn Jahre erstattet das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in einem über 320 Seiten starken Buche Bericht.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung, das Organ des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam, Tesselshadestraat 31, bringt in der Februarnummer die Resultate der Erhebungen über die Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern.

Die freigewerkschaftliche Wohnungsfürsorgegesellschaft, die Demog, Deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft, A.-G., für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin, konnte in diesen Tagen auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken.

„Liebe und Leben“, die Zeitschrift der Liga für Mutterchutz — Band für bewährte Geburtenerregung — will zur planmäßigen modernen vorgehenden — auch der Lage der Gesellschaft Rechnung tragenden Geburtenregelung erziehen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Fusion in der Gummiindustrie

Auf dem Wege zum Autoreifenruß

Die Zusammenschlußbestrebungen in der Gummiindustrie scheinen nunmehr zu einem endgültigen Abschluß zu kommen. Der größte deutsche Gummibetrieb, die Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie Hannover, die bereits vor längerer Zeit die Erzeuger-Gummiwerke in Hannover aufgekauft hat, bestrebt erneut die Angliederung weiterer Gummibetriebe. Die Verschmelzung mit zwei großen leistungsfähigen Gummifabriken steht unmittelbar bevor, und zwar sollen nach diesem Plane die Gummierwerke Peters Union in Frankfurt a. M. und die Titan-Werke in Waltershausen in den neuen Gummikonzerne einbezogen werden.

Die wirtschaftliche Auswirkung wäre die, daß unter Führung der Continental, die gemeinsam mit der Erzeuger etwa 80 Prozent der deutschen Autoreifenfabrikation kontrollierte, nach der beabsichtigten Fusion etwa 75 Prozent der gesamten deutschen Reifenproduktion erfassen würde. Somit wäre die Grundlage zu einem umfassenden deutschen Gummi- und Autoreifenruß gegeben.

Die Conti-Gruppe, die in diesen Rußbestrebungen führend ist, versucht auch eine Reihe anderer namhafter Werke, die heute noch als Außenseiter gelten, für den Ruß zu gewinnen, doch scheinen die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Absicht zur Zeit nicht besonders günstig zu sein. Namentlich die Harburger Gummierwerke Phönix leisten einer solchen Absicht heftigen Widerstand, der verständlich wird, wenn man weiß, daß die wirtschaftliche Lage dieses letztgenannten Werkes heute so ist, daß seinerseits kein hervorragendes Bedürfnis nach einer engen Bindung an einen Großruß besteht. Die Phönix-Werke, die heute etwa 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, sind ein gutgehender Betrieb, der mit einem Umsatz von 25 bis 30 Millionen pro Jahr ein wichtiger Faktor in der deutschen Gummiverarbeitung ist.

Aber auch ohne diese Außenseiter sind die Betriebe, die sich jetzt vereinigen wollen, ausschlaggebend in der deutschen Gummiindustrie. Zweifellos wird es ihnen durch den Zusammenschluß gelingen, auf die Markt- und Preisbildungen der deutschen Gummi-, hauptsächlich aber der Gummireifenindustrie, bestimmend zu wirken.

Die technische Fabrikation gestaltet sich nach der Fusion so, daß Continental und Peters Union zusammen etwa 75 Prozent der gesamten deutschen Reifenerzeugung beherrschen, wobei die Continental das Schwergewicht in der Automobilreifenfabrikation besitzt, Peters Union dagegen auf dem Gebiete der Fahrradreifenproduktion den größten Einfluß hat. Namentlich auf dem Gebiete der Autoreifenfabrikation ist die Continental Hannover durch fortwährende technische und qualitative Verbesserung ihrer Erzeugnisse führend.

Das Ergebnis der Fusion in der Gummi- und Autoreifenindustrie wird sein, daß neben einer technischen Konzentration auch eine solche auf finanziellem Gebiete in großem Umfang stattfinden wird. Bekannt ist, daß die Continental ihren Betrieb technisch nach den neuesten Erfahrungen der Betriebswirtschaft bereits weitgehend rationalisiert und mechanisiert hat. Die Geschäftsentwicklung des letztgenannten Betriebes hat deshalb, trotzdem die Firma in ihrem letzten, von der Öffentlichkeit lebhaft kritisierten Geschäftsbericht, ebenfalls in das allgemeine Klagespiel der Industrie einstimmt, einen kräftigen Aufstieg zurückgelegt.

In dem Geschäftsbericht der Continental, der unmittelbar vor der Fusionierung veröffentlicht wurde, macht die Geschäftsleitung erhebliche Anstrengungen, um der Öffentlichkeit keinen allzu tiefen Einblick in die Gewinne der Firma zu geben. Der Geschäftsbericht zeigt im allgemeinen eine Gewinnsteigerung von 13 auf 20 Millionen Mark, doch sind von diesem Betrag schon rund vier Millionen Mark für Steuerrückstellungen in Abzug gebracht. Für Reparaturen und Abschreibungen legt die Firma die Summe von 4,4 Millionen Mark ein. Die Firma teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß es einem Konsortium gelungen ist, in freundschaftlicher Absicht von den amerikanischen Freunden der Firma, das ist die Firma Goodrich, das etwa 23 Prozent des Aktienkapitals ausmachende Aktienpaket zurückzuerwerben. Es ist geplant, mit diesem Aktienrückwerb die finanziellen Transaktionen mit den Werken vorzunehmen, die sich jetzt der Conti-Gruppe anschließen wollen. Der Geschäftsbericht weist außerdem eine hohe Sonderabrechnung auf die Amerikaanleihe in Höhe von 1,68 Millionen Mark aus. Es wird von Tageszeitungen mit Recht darauf hingewiesen, daß allein diese letzte Abrechnung einer 5prozentigen Dividende entspricht.

Das Verfahren der Firma, ihren Reingewinn insoweit nur mit 3 Millionen gegen 2,6 Millionen auszuweisen und die Dividende entsprechend nur von 6 auf 7 Prozent heraufzusetzen, kann über die tatsächlichen Gewinne der Firma nicht hinwegtäuschen. Die Absicht tritt bei diesem fristierten Gewinnanweisung zu offen hervor, der ausgewiesene Gewinn steht mit dem wirklichen Ertrag des Unternehmens nicht im entferntesten im Einklang. Faßt man die verschiedenen Rückstellungen sowie die Abschreibungen zusammen, so läßt sich für das letzte Jahr ein Verdienst von rund 13,1 Millionen Mark errechnen; das sind etwa 40 Prozent des umlaufenden Kapitals.

So ergibt sich selbst bei vorsichtiger Bewertung der Bilanz, wenn man die notwendigen Abschreibungen und Rückstellungen für Steuer, Reparaturen usw. absetzt, noch immer ein Reingewinn, der das Mehrfache der vorgeschlagenen Divi-

dende beträgt. Leider ist die Wirtschafts- und Finanzgebarung dieser Betriebe in unserer privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung im großen und ganzen den Unternehmern überlassen.

Zweifellos wird die Vertrustung in der Gummiindustrie den Gesellschaften gewaltige Vorteile bringen. In erster Linie wird sich der Kampf um die Beherrschung eines Absatzmonopols entspinnen. Die Konkurrenz gegen das Ausland wird erfolgreicher geführt werden können, denn diese ist am deutschen Geschäft noch immer in einem ansehnlichen Ausmaß beteiligt. Die Herrschaft auf dem Gummireifenmarkt wird durch die Verschmelzung kräftig vorangetrieben werden; man sagt nicht zuviel, wenn man diese Fusion als die Grundlage zu dem künftigen deutschen Reifenruß erklärt. Wenn damit eine Befundung in der Produktion eintreten würde, die die Ausschaltung von Spekulationen zur Folge haben würde, so wäre das wirtschaftlich immerhin ein Vorteil. Zu befürchten ist aber, daß der Ruß seine Macht dazu benutzen wird, einerseits den Wettbewerb auszuschalten und dafür eine Preisdiktatur auszubauen. Inwieweit durch wirtschaftliche Umstellungen und Konzentrationen einzelne Betriebe abgebaut



werden oder zu Nebengeschäften herabsinken, läßt sich zur Zeit nicht sagen, aber sicherlich wird das Bestreben dahin gehen, die Großbetriebe, die infolge der Rationalisierung und Technisierung die leistungsfähigsten sind, auszubauen und die Produktion in rückständigeren Betrieben aufzugeben oder jedenfalls einzuschränken. Das würde natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeiterschaft der Betriebe haben, die für letztere infolge der allgemein schlechten Arbeitsmarktverhältnisse sehr unangenehm wären.

Eine Anzahl Betriebe sträubt sich heute noch energisch gegen die Einbeziehung in den Ruß. Es wird darauf hingewiesen, daß Verhandlungen mit den Gummierwerken Polack Aktien-Gesellschaft angebahnt sind, die über kurz oder lang zu einer Angliederung an den Ruß führen dürften. Es kämen dann noch als Außenseiter in Frage die beiden norddeutschen Gummierwerke Harburger Phönix und Calmon und ebenfalls die deutsche Dunlop-Wk.-G. in Hanau, die sich jedoch heute noch ausschließlich in englischem Besitz befindet.

Die Vertrustung in der Gummiindustrie ist ein weiteres Glied in der Kette ähnlicher Vertrustungsbestrebungen, die seit Beginn des neuen Jahres in Deutschland in Erscheinung getreten sind. Sie stehen in kräftigstem Widerspruch mit dem Ruf der Unternehmer nach Freiheit der Wirtschaft, insbesondere aber mit dem Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik und Arbeiterschutzbewegung sowie gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften. Auf der einen Seite sehen wir den scharfen Widerstand der Unternehmer gegen die Verbindung der Wirtschaft durch die obengenannten staatlichen Einflüsse, weil sie die Gewinne und den Profit der Unternehmer im Interesse der Arbeiter schmälern, auf der anderen Seite freiwillige Bindung bis zur völligen Ausschaltung des Einzelunternehmens, wenn es den Gewinnbestrebungen der Unternehmer nützlich ist.

Geschäftsabschluss der Guano-Werke, A.-G., in Hamburg.

Die Guano-Werke, A.-G., sind aus einer Fusion der vormals Ohlenborff und Merckischen Guano- und Phosphatwerke unter Einbeziehung der Lübecker Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik, A.-G., entstanden. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 5.605.000 RM., davon sind 5.000 RM. Vorrechtsaktien.

Der Reingewinn beläuft sich für 1928 einschließlich eines Gewinnvortrags von 8271 RM. aus dem Vorjahre auf 254.924 Reichsmark. Davon sollen 4 Prozent = 22.400 RM. als Dividende verteilt werden. 300 RM. finden als 5prozentige Dividende für die Vorrechtsaktien Verwendung. 26.000 RM. erhält der Aufsichtsrat als Vergütung und 4624 RM. werden auf neue Rechnung vorgezogen.

Dieses Ergebnis bestreitet den Vorstand nicht. Er hatte sich aus der Fusion einen größeren Vorteil versprochen, der aber durch eine Lohnerhöhung im April 1928 und durch erhöhte Steuern ausgeblieben sein soll. Die Lohnerhöhung betrug angeblich 120.000 Reichsmark, die Steuererhöhung 30.000 RM. Es wird dann geklagt, daß die Gesellschaft im Jahre 1928 an Steuern, an Industriebelastung und an sozialen Ausgaben 10 Prozent des Aktienkapitals, also das Zweieinhalbfache der vorgesehenen Dividende, zu zahlen hatte.

Solche Angaben sind aber zur Beurteilung des Gewinnergebnisses nicht ausreichend. Was unter „Industriebelastung“ zu verstehen ist, bleibt Geheimnis des Vorstandes. Bei der Bilanzverschleierung sucht der Industrie-Gesellschaft sind in diesem Posten erhebliche versteckte Summen zu vermuten.

Einigen Einblick gewähren die Auslassungen über die Regelung der Kriegsliquidationsschäden. Danach belief sich der Friedenswert des Kriegsverlustes für die Firma auf 13,5 Millionen Mark, wofür 1.907.092 RM. entschädigt wurden, und zwar 721.842 RM. in bar und 1.275.250 RM. in Schulbuchforderungen. Davon sollen 1.255.437 RM. für Abschreibungen verwendet und der Rest von 741.655 RM. für spätere Zeiten zurückgestellt werden. Das bedeutet eine Abschreibung von 22,4 Prozent des Aktienkapitals in einem Jahre. Auf solche Weise läßt sich jeder Betrieb als unrentabel gestalten und die Verwendung großer Summen erfolgt unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die 12 Aufsichtsräte erhalten im Durchschnitt für die Wahrnehmung einiger Sitzungen je 2161 RM., während die Arbeiter nach dem Chemietarif in Hamburg pro Stunde 88 Pf. Spitzenlohn erhalten. Das ergibt bei 300 Arbeitstagen im Jahr zu je acht Arbeitsstunden einen Verdienst von 2112 RM. Auch ein Beitrag zur Lohnpolitik der Unternehmer.

Kunstseide in Rumänien.

Die internationale Ausbreitung der Kunstseideproduktion ist noch immer im Vormarsch begriffen. In jähem Konkurrenzkampf versuchen die Haupterzeugergruppen ihre Nachstellung durch Gründung von wichtigen Stützpunkten in anderen Ländern zu sichern. Das hat auf der einen Seite den Vorteil, daß die Anpassung des Erzeugerstandortes an das Absatzgebiet eine viel bessere Ausnutzung der örtlichen Marktverhältnisse ermöglicht, zum anderen fallen die lästigen Frachten, Zölle usw. fort. In diesem Gesichtspunkt aus ist die Gründung der ersten rumänischen Kunstseidefabriken, A.-G., mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Lei (1 Lei zirka 81 Pf.) zu bewerten. Die Errichtung der neuen Betriebe erfolgt in Kronstadt und Siebenbürgen.

An der Neugründung ist die Deutsche Glasstoff-A.-G. führend beteiligt, außerdem die „Rumänische Kreditbank“, die „Banca Romaneasca“ und die „Bank Christovoiu“. Die neue Gesellschaft hat bei Kronstadt die Gebäude der ehemaligen Glasfabrik Kronus mit Fabrik-, Magazin- und Büroräumen sowie den dazugehörigen Arbeiterwohnungen erworben, so daß nach Einbau der Apparatur und der maschinellen Anlagen die Aufnahme der Produktion sehr bald erfolgen kann.

Diese Neugründung wird verständlich, wenn man weiß, daß die Gruppe Courtauld in Polen, die British Celanese in Jugoslawien ebenfalls ähnliche Interessen entwickelt haben. So offenbart sich auch hier eine Phase des internationalen Wettrennens der profitlustigsten Kunstseidekapitalisten, die alle Gewinnchancen wahrnehmen, solange ihr Weizen blüht. Neben der Ausnutzung der günstigen Markt- und Produktionsverhältnisse wird nicht ganz zuletzt die billige menschliche Arbeitskraft der politisch und gewerkschaftlich zurückgebliebenen Arbeiterschaft in jenen Ländern die Unternehmer anziehen. Frauenarbeit, auf die es in der Kunstseideindustrie namentlich ankommt, ist ja in diesen wirtschaftlich zurückgebliebenen Staaten so billig. Dort weiß die Arbeiterschaft von Tarifvertrag, Arbeitszeitbeschränkung, Arbeiterschutz noch herzlich wenig; sie sind im allgemeinen willigere Ausbeutungsobjekte als die selbstbewußtere Arbeiterschaft in Deutschland, und dadurch unterscheiden sie sich nach der Ansicht der Unternehmer vorteilhaft von den deutschen Arbeitnehmern.

Papier-Industrie

Lohnerhöhungen.

Fast sämtliche Bezirkslohnverträge in der Papiererzeugungs-Industrie wurden in diesem Frühjahr von den Bezirksstellen des Arbeitgeberverbandes gekündigt. Bei den meisten Kündigungen war der Arbeitgeberverband so gnädig, von Forderungen auf Lohnabbau abzusehen; er verlangte nur, daß die derzeitigen Löhne bis zu zwei Jahren weiter laufen. Die tariflichen Bezirkserschließungsstellen sind bis heute in keinem einzigen Falle zu einem Spruch gekommen, ebenso wenig das Tarifamt. Infolgedessen ist ein großer Teil der Arbeitnehmer der Auffassung, daß es viel richtiger wäre, wenn das Tarifamt seine negativen Beschlüsse den Parteien ohne Unterbrechung einer Verhandlung zustellen würde, und wenn so Zeit und Reisekosten gespart werden könnten. Dieser Wunsch kann laut Tarifvertrag nicht erfüllt werden, obwohl die Spruchpraxis des Tarifamtes beweist, daß es sich im diesjährigen Frühjahrslohnkampf selbst als überflüssig fühlt. Um „die süddeutschen Belange“ zu wahren, d. h. um auch auf süddeutschem Boden zu dem Ergebnis zu kommen: „Durch Stimmengleichheit kam kein Spruch zustande“, mußte man von Arbeitgeberseite dem Tarifamt sogar noch zu, daß es auf Reisen geht. Infolge dieser negativen Tätigkeit der tariflichen Schiedsinstanzen bleibt der Papierarbeiter nur der Weg der Selbsthilfe durch Angriffsfreiheit oder die Anrufung der staatlichen Schlichtungsinstanzen. Beim Beschreiten des ersten Weges dürfte sofort der Schrei aus dem Unternehmerlager über die Störung des Wirtschaftsfriedens durch die Gewerkschaften ertönen. Werden aber die staatlichen Schlichtungsinstanzen als letzte Friedensstelle zur Vermittlung angerufen, dann klagen die Arbeitgeber — um die Ausdrucksweise des Geschäftsberichts der Feldmühle zu gebrauchen — über Lohndikate der der Wirtschaft fremd gegenüberstehenden staatlichen Behörden.

Mannigfaltig sind die Gründe, die die Arbeitgeber gegen Lohnerhöhungen ins Feld führen. Da ist zunächst einmal die alte abgeleierte Behauptung, daß Lohnerhöhungen zu Preissteigerungen führen. Diese vom Arbeitgeberverband aufgestellte Behauptung hat das Zellstoff-Syndikat nicht gehindert, vom 28. März 1929 an seine Preise pro 100 Kilogramm Zellstoff um 50 Pf. zu erhöhen, trotzdem bis dahin in der ganzen deutschen Papiererzeugungs-Industrie noch kein Pfennig Lohnerhöhung vereinbart wurde.

Eine weitere Behauptung der Arbeitgeber geht dahin, daß Lohnerhöhungen ohne Gefährdung der Produktion überhaupt nicht mehr getragen werden könnten. Da erscheint zur rechten Zeit ein Artikel, betitelt: „Konzentration oder Dezentralisation der Betriebe?“ im Heft 14 des „Papierfabrikanten“. In diesem Artikel wird bezüglich der Großbetriebe, die sich genau so wie die Kleinbetriebe durch den Mund des Arbeitgeberverbandes gegen jede Lohnerhöhung wenden, folgendes ausgeführt:

„Eine oberflächliche Betrachtungsweise erblickt gewöhnlich in der Verringerung der Lohnausgaben in den Großbetrieben den Hauptgrund der Verbilligung der Produktion. Es ist aber im Auge zu behalten, daß, je mehr die Technik Fortschritte macht, der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtproduktionskosten immer kleiner wurde. Die absolute Höhe der Löhne spielt heute nicht mehr die Rolle wie vor 20 oder 30 Jahren, und es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Betrieb, der höhere Löhne zahlt, immer

